

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Florian von Brunn

## Geschäftliches

(Beginn: 13:03 Uhr)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 85. Voll-sitzung des Bayerischen Landtages. Wir tagen wieder in hälftiger Besetzung.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich zwei Glückwünsche aussprechen: Am 11. Juni hat Frau Kollegin Dr. Sabine Weigand einen runden Geburtstag gefeiert. Heute begeht Herr Kollege Dr. Ludwig Spaenle auch einen runden Geburtstag. Beiden Geburtstagskindern alles Gute zum Geburtstag, Glück, Gesundheit und Freude am Leben!

(Allgemeiner Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich noch zwei Dinge mitzuteilen:

Ich gebe bekannt, dass die SPD-Fraktion Folgendes mitgeteilt hat: Anstelle von Herrn Horst Arnold ist Herr Florian von Brunn neues Mitglied im Ältestenrat. Neues Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration ist Herr Horst Arnold anstelle von Frau Alexandra Hiersemann. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Tätigkeit.

Ich komme jetzt zum zweiten Sachverhalt. Ich will auf die letzte Plenarsitzung vom 8. Juni zurückkommen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Florian von Brunn gab in dieser Sitzung im Rahmen der Aktuellen Stunde zu dem Thema "Politik für die Menschen statt Spezlwirtschaft: Probleme anpacken, Vertrauen zurückgewinnen!" eine persönli-che Erklärung zur Aussprache ab, bei der folgende Worte fielen: "Die Vorgänger der CSU waren die Steigbügelhalter von Adolf Hitler." Dem war ein Redebeitrag des Staatsministers für Gesundheit und Pflege, Klaus Holetschek, vorausgegangen, der folgenden Satz enthielt: "Sie machen sich vom Stil und von der Art und Weise her, wie Sie Politik machen, mit den Kollegen der AfD gemein."

Dazu hat der Fraktionsvorsitzende Florian von Brunn um das Wort gebeten.

**Florian von Brunn (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die SPD ist die älteste Partei Deutschlands. Sie hat dieses Land maßgeblich geprägt, und es gehört zur politischen Identität und DNA der SPD, unsere Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen. Das ist nicht nur unser politisches Selbstverständnis, sondern wurzelt auch in unserer eigenen historischen Erfahrung.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren in der fast 160-jährigen Geschichte der SPD vielfach der politischen Verfolgung ausgesetzt.

(Zuruf: Steigbügelhalter der Stasi!)

Sie waren Opfer von willkürlicher Verhaftung, Folter und Mord, mussten in das Exil gehen oder wählten, wie meine Urgroßtante Toni Pfülf 1933, den Freitod.

Besonders prägend für unser politisches Selbstverständnis ist dabei der Widerstand der SPD gegen Hitler und den Nationalsozialismus. Deswegen sind der Antifaschismus und der Kampf gegen Nazis und Rechtsradikale für uns ein zentraler politischer Auftrag. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind auch heute immer an vorderster Stelle, wenn es darum geht, Demokratie und Rechtsstaat zu verteidigen.

Vor diesem Hintergrund sind für uns Vergleiche mit rechtsradikalen Parteien, egal aus welchem politischen Kalkül, völlig inakzeptabel. Wer das trotzdem tut, muss mit unserem entschiedenen Widerstand rechnen. Aus diesem Grund erwarten wir von Staatsminister Klaus Holetschek auch mehr als seine sehr weiche und im Rundfunk nachgeschobene Erklärung seiner Äußerungen.

Ich habe im letzten Plenum auf diese Aussagen von Klaus Holetschek deutlich reagiert. Das Zurückweisen seiner Angriffe und Behauptungen ist aus meiner Sicht richtig gewesen, zumal es falsch und unangemessen ist, wenn ein Staatsminister auf unangenehme Kritik und berechtigte Fragen zum Thema Maskenaffäre – denn das war das

eigentliche Thema der Debatte – mit Unterstellungen und falschen Vergleichen reagiert.

Ich sage aber auch, dass es nicht richtig war, diese Debatte mit der Diskussion über die Rolle der Parteien bei der Machtübergabe und Herrschaftskonsolidierung der Nationalsozialisten zu verknüpfen.

Trotzdem halten wir eine Rüge für nicht angemessen. Hier wird nicht nur mit zweierlei Maß gemessen. Es wird auch eine Aussage gerügt, über die man sich sachlich auseinandersetzen kann. Als ich von den Vorläufern der CSU gesprochen habe, habe ich nicht über einzelne Personen gesprochen, sondern über die Vorläuferorganisationen. Ich erkenne selbstverständlich an – das sage ich ausdrücklich –, dass Gründungspersonen der CSU in der NS-Zeit selbst der Verfolgung und Inhaftierung ausgesetzt waren. Falls das missverständlich war, bedaure ich das. Geschichte ist nie nur schwarz oder weiß.

Die Geschichtsschreibung geht aber selbst davon aus, dass die CSU Vorläuferorganisationen gehabt hat und nicht im luftleeren Raum gegründet wurde. Das belegen unter anderem die aktuellen Äußerungen des Historikers Thomas Schlemmer vom Institut für Zeitgeschichte München am gestrigen Dienstag im Bayerischen Rundfunk. Eine dieser Vorläuferorganisationen, die Bayerische Volkspartei, hat am 22. März 1933 dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt.

Mit diesem Ermächtigungsgesetz wurde die Demokratie in Deutschland endgültig zu Grabe getragen. Die Vorlage – so formuliert es der Historiker Hans-Ulrich Wehler – "hob die Gewaltenteilung auf und übertrug die gesetzgebende Gewalt vollständig der Reichsregierung, die verfassungsändernde Gesetze ohne den Reichstag erlassen konnte." Sie ersetzte also Demokratie und Volkssouveränität durch das Führerprinzip.

Der Historiker Ulrich Herbert schreibt darüber:

Nicht ein einziger Abgeordneter der bürgerlichen, katholischen oder konservativen Parteien stimmte gegen das Gesetz. Allein die Sozialdemokraten mit ihren 94 Stimmen lehnten es ab.

Das ist die historische Wahrheit. Der Parteivorsitzende der SPD Otto Wels begründete diese Ablehnung in einer mutigen Rede – ich zitiere –: "Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht."

Auf diese Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz habe ich mich mit dem Begriff "Steigbügelhalter" bezogen. Dabei handelt es sich um einen Begriff, der in der historischen Debatte durchaus Verwendung findet. Hans-Ulrich Wehler überschreibt zum Beispiel ein Kapitel in seinem Buch "Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914 bis 1949" mit – Zitat – "Die Machtübergabe: die Elitenkoalition als Steigbügelhalter des ‚Führers‘".

Der Politologe und Parteienforscher Franz Walter schreibt in seinem Buch "Die SPD":

Für das Selbstverständnis und die Geschichtsdeutung der Sozialdemokraten ist das elementar: Man hat sie unter dem Sozialistengesetz verfolgt, dann wieder und schlimmer noch unter Hitler. Aber sie widerstanden, während das deutsche Bürgertum sich in beiden Fällen opportunistisch auf die Seite der Unterdrückter schlug.

Das zeigt einmal mehr: Meine Aussage war sicherlich zugespitzt und, ja, unterkomplex. Sie gehört auch nicht in den Kontext der Debatte im letzten Plenum. Aber sie kann aus unserer Sicht aus all den genannten Punkten keine Rüge begründen. Die historische Wahrheit ist und bleibt: Die SPD hat als einzige Partei gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt. Darauf bin ich stolz, und daher werden wir jede Gleichsetzung mit der AfD auch in Zukunft immer entschieden zurückweisen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, die im Raum stehenden Äußerungen des Staatsministers für Gesundheit und Pflege und des Vorsitzenden der SPD-Fraktion sind nicht miteinander vergleichbar. Der Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek stellt hier auf den Stil und die Art und Weise der Politik ab, während der Fraktionsvorsitzende der SPD Florian von Brunn eine inhaltliche Wertung vornimmt. Mit den Ausführungen des Staatsministers waren die lauten und anhaltenden Zwischenrufe gemeint, die die Debattenkultur massiv beeinträchtigen. – Das gilt übrigens generell, für alle. – Allerdings bitte ich auch, derartige, nicht unproblematische Vergleiche zukünftig zu unterlassen. Sie haben mit der eigentlichen politischen Auseinandersetzung in der Sache nichts zu tun.

Kolleginnen und Kollegen, Zweck der persönlichen Erklärung zur Aussprache ist es, Angriffe sachlich, nicht mit historisch zweifelhaften Gegenangriffen zurückzuweisen. Die vom Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion Florian von Brunn gewählten Worte stellen nicht nur eine polemische Zuspitzung, sondern gerade auch wegen der unklaren und historisch zweifelhaften Formulierung "Vorgänger der CSU" eine nicht gerechtfertigte Pauschalierung dar. Die CSU ist, historisch gesehen, nicht als die Fortsetzung der Nachfolgepartei der Bayerischen Volkspartei anzusehen. Es ist zudem fragwürdig, ob man allein aus der Tatsache, dass sich BVP-Politiker und die damalige Landtagsfraktion angesichts des bestehenden Drucks nicht insgesamt kompromisslos gegen die Nationalsozialisten gestellt haben, bereits ableiten kann, dass sie damit Steigbügelhalter für die NSDAP und Adolf Hitler gewesen seien. Wer dies bejaht, wird wohl den für die damaligen Handelnden äußerst schwierigen persönlichen Zwangslagen nicht vollumfänglich gerecht. Eine solche Verurteilung deshalb pauschal auf eine gesamte spätere Partei zu übertragen, die ganz eindeutig einen demokratischen Neuanfang darstellte und die demokratischen Kräfte aus unterschiedlichsten Parteien und Strömungen in sich vereinte, ist in keiner Weise nachvollziehbar und akzeptabel.

Insofern erscheint die Wortwahl des Fraktionsvorsitzenden Florian von Brunn "Die Vorgänger der CSU waren die Steigbügelhalter von Adolf Hitler" unzutreffend und im Umgang unter demokratischen Parteien unangemessen.

In seiner heutigen Einlassung räumt er zwar ein, dass seine Aussage vor diesem Hintergrund sicherlich zugespitzt und "unterkomplex" gewesen sei und auch nicht in den Kontext der Debatte in der letzten Plenarsitzung gehöre. Dies genügt als Entschuldigung jedoch nicht, da damit der indirekte Vorwurf gegenüber der heutigen CSU im Zusammenhang mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten noch nicht entkräftet ist.

Die Äußerung stellt damit nach wie vor eine gröbliche Störung der Ordnung gemäß § 117 unserer Geschäftsordnung dar. Die parlamentarische Debatte hat eine wichtige Vorbildfunktion, zumal angesichts der jüngsten Entwicklungen in der Debattenkultur in der Öffentlichkeit oder in den sozialen Medien.

Daher rüge ich diese Äußerung, Ihnen, Herr Fraktionsvorsitzender von Brunn, gegenüber. Eine derartige Zuspitzung darf in einer sachlichen Debattenkultur, wie wir sie hier in unserem Hohen Hause und generell in unseren Plenarsitzungen pflegen, keinen Einzug halten.